

Umweltradioaktivität

Radioaktive Rückstände bei der Öl- und Gasförderung

Bei der Öl- und Gasförderung gelangen mit dem sogenannten Prozesswasser Begleitstoffe wie radioaktives Radium-226, Radium-228, Blei-210 und Thorium-228 aus dem Erdinneren an die Oberfläche. Diese radioaktiven Stoffe natürlichen Ursprungs lagern sich unter anderem in Schlämmen und in Förderröhren ab, so daß diese Materialien ebenfalls radioaktiv belastet werden. Trotz der Vorschriften in der Strahlenschutz-Verordnung (StrlSchV), die die Überwachung der Radioaktivität und der Belastung einzelner Personen vorgibt, erfolgt die Entsorgung dieser radioaktiven Rückstände weitgehend unkontrolliert in Eigenverantwortung durch die Förderfirmen. Mitteilungspflichten nach Paragraph 100 der Strahlenschutzverordnung gelten erst ab mehr als 2.000 Tonnen anfallender Rückstände jährlich, wobei nach Schätzungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) diese Mengen in Deutschland bei keinem Betrieb erreicht werden.

Darüber hinaus importieren und verarbeiten deutsche Firmen radioaktive Rückstände aus der Öl- und Gasförderung, um aus den giftigen Schlämmen Quecksilber zu gewinnen. Das verbleibende radioaktive Material wurde in der Vergangenheit zum Teil in schlichten, nicht besonders gekennzeichneten Fässern zwischengelagert, um diese später in ausgedienten Bergwerkstollen in Mitteldeutschland zu deponieren.

Das thematisierte im Dezember 2009 ein Fernsehbericht des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und das bestätigte da-

nach die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Bundestagsdrucksache 17/844 vom 24.02.2010, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700844.pdf>).

Die Bundesregierung bestätigte, daß es sich bei der weitgehend unkontrollierten Entsorgung der radioaktiven Rückstände in Eigenverantwortung der Förderfirmen um den Normalfall handelt. Die Bundesregierung kann deshalb die Art und Menge der anfallenden Rückstände nicht genau beziffern und verläßt sich dabei allein auf Angaben der Förderfirmen sowie in einzelnen Fällen auf Angaben der zuständigen Strahlenschutzbehörden. Demnach fallen pro Jahr in Deutschland bis zu 60 Tonnen an Ablagerungen (Inkrustationen) an. Anlagenteile zur Förderung würden mit bis zu 400 Tonnen pro Jahr mit Ablagerungen belastet und allein bis zu 250 Tonnen pro Jahr radioaktive Rückstände fänden sich in den Schlämmen. Der Bundesregierung liegen demnach auch keine Angaben darüber vor, welche Mengen an radioaktiven Rückständen durch deutsche Firmen, die im Ausland Öl und Gas fördern, anfallen. Die DELA-GmbH Recyclingfirma aus Essen importierte allein im Jahr 2009 insgesamt 120 Tonnen an Schlämmen, um daraus Quecksilber zu gewinnen. In Seehausen (Sachsen-Anhalt) wurden in den Jahren 2002 und 2003 pro Jahr 400 Tonnen radioaktive Rückstände gelagert und in Cröbern (Sachsen) wurden zwischen 2006 und 2009 570 Tonnen auf einer Deponie gelagert. ●

Energiewirtschaft

Neubau von AKWs in Polen geplant

Die polnische Regierung plant, den Bau von zwei Atomanlagen mit insgesamt vier Reaktorblöcken zu prüfen. In den letzten Jahren hatte das Wirtschaftsministerium Polens insgesamt 28 verschiedene mögliche Standorte für Atomkraftwerke untersucht und mindestens zehn von ihnen für geeignet erklärt. Obwohl die Finanzierung und die Standorte für die geplanten Atomkraftwerke noch völlig offen sind, müsse bereits jetzt Widerstand gegen diese Pläne organisiert werden, erklärte dazu der stellvertretende Vorsitzenden der NaturFreunde Berlins und Mitglied des Bundesvorstandes der NaturFreunde Deutschlands Uwe Hiksich in einer Pressemitteilung vom 20. Mai 2010.

Denn, einer der favorisierten Standorte für ein mögliches polnisches Atomkraftwerk ist der Ort Warta-Klempicz, nur etwa 200 Kilometer von Berlin entfernt. Zudem zeigt eine Studie, daß Standorte für neue Atomkraftanlagen auch an der Oder in Frage kommen würden. Hierbei wäre der Ort Krzymów, der nur sieben Kilometer von Schwedt entfernt liegt, einer der Favoriten. Auch wenn die polnische Regierung gegenüber der Bundesregierung beteuert habe, daß die Standorte an der Oder nicht infrage kämen, müsse die Entwicklung genau beobachtet werden, erklärte Hiksich. Es könne und dürfe nicht sein, daß die Menschen in Ostdeutschland den Gefahren der Atomkraft ausgesetzt werden, ohne jeglichen Einfluß hierauf nehmen zu können.

Bis jetzt nutzt Polen die Atomkraft nicht zur Erzeugung von Elektrizität, sondern gewinnt seine Energie fast

vollständig aus fossilen Primärenergieträgern, vorwiegend Kohle. Polen fördert heute mehr Steinkohle, als alle anderen EU-Staaten zusammen. Aufgrund der völlig überalterten Anlagen sind polnische Stein- und Braunkohlekraftwerke mit die größten Emittenten des Klimakillers Kohlendioxid.

Mit der Entscheidung, sich auf den atomaren Irrweg zu begeben, würde Polen die Energiegewinnung für viele Jahrzehnte verhindern. Die großen Energiekonzerne wie Polska Grupa Energetyczna (PGE) und Energetyka Poludnie (EP) planen in den nächsten Jahrzehnten in Polen umfangreiche Investitionen in zentrale Anlagen. Allein PGE will innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten 120 Milliarden Zloty (rund 30 Milliarden Euro) in neue Anlagen investieren, darunter in den Bau eines Atomkraftwerks.

Polen verfügt jedoch über ein riesiges Potential an Biomasse, Solar- und Windenergie. Auch die Geothermie könnte hier eine größere Rolle spielen. Jedoch hat der staatliche Kohlebergbau in Polen eine starke Lobby, die Stromerzeugung aus Windkraft oder Biomasse bisher wirksam begrenzen konnte. Deshalb fordern die NaturFreunde die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für eine wirksame Förderung von erneuerbaren Energien in Polen sowie weiteren mittel- und osteuropäischen Ländern einzusetzen. ●